

ENERGIEWENDE

Spion im Keller

Die Bundesregierung will die Bürger für die Einführung neuer Stromzähler zur Kasse bitten. Verbraucher- und Datenschützer sind empört.

In Berlin-Charlottenburg, nicht weit vom Bahnhof Zoo, steht in einer Nebenstraße das wohl teuerste Musterhaus Deutschlands. Es hat eine Solarfassade, selbsttätige Lichtschalter und eine Heizungspumpe, die die Körperwärme der Hausbewohner nutzt. „Ein lebendiges Beispiel für das Wohnen der Zukunft“, lobte bei der Einweihungsfeier Bundeskanzlerin Angela Merkel, deren Bauminister Peter Ramsauer das Öko-Projekt in der vergangenen Legislaturperiode mit mehr als zwei Millionen Euro finanziert hat.

Die komplizierte Elektronik des Musterhauses soll künftig auch in herkömmlichen Immobilien zum Einsatz kommen. CDU/CSU und SPD sind sich einig, im nächsten Jahr mit dem flächendeckenden „Einbau von intelligenten Zählern zur Ermöglichung von intelligentem Last- und Erzeugungsmanagement“ zu beginnen, wie es im Koalitionsvertrag heißt. Um die Details kümmert sich bereits eine Arbeits-

gruppe aus Fachbeamten und Industrievertretern.

Es geht um das nächste Milliardenprojekt zur Energiewende – und schon wieder sollen die Bürger über ihre Stromrechnung zur Kasse gebeten werden. Am vergangenen Donnerstag traf sich die Arbeitsgruppe im Bundeswirtschaftsministerium. Nach EEG-Umlage, Netzentgelt, Konzessionsabgabe, KWK-Umlage, Offshore-Haftungsumlage, Sonderkundenumlage, Stromsteuer und Mehrwertsteuer soll auf der Stromrechnung demnach künftig noch eine weitere Position auftauchen: ein Solidarbeitrag für moderne Stromzähler, sogenannte Smart Meter, mit denen sich nicht nur Kilowattstunden addieren, sondern auch Elektrogeräte im Haushalt fernsteuern lassen (siehe Grafik).

Der Plan sieht vor, dass zunächst jeder Haushalt acht Euro im Jahr bezahlt, auch wenn er noch mit einem alten Stromzähler mit Drehscheibe ausgestattet ist. Für Neubauten und bei Modernisierungen hingegen ist der Einbau eines Smart Meter vorgeschrieben. Je nach Stromverbrauch werden dafür dann bis zu 72 Euro im Jahr fällig. Gleiches gilt auch für die etwa zwei Millionen Haus- und Wohnungsbesitzer, die sich bereits eine Solaranlage aufs Dach gesetzt, eine Wärmepumpe eingebaut oder ein Mini-Blockheizkraftwerk in den Keller gestellt haben.

Insgesamt 10,4 Milliarden Euro sollen die Bürger aufbringen, um den „Rollout“, wie es im Konzept heißt, bis zum Jahr 2022 zu finanzieren. Profiteure wären insbesondere jene Stromversorger, Netzbetreiber und Telekommunikationskonzern-

ne, die schon seit einiger Zeit versuchen, die Deutschen vom Austausch ihrer Stromzähler zu überzeugen, bislang aber keinen großen Erfolg damit hatten. Für die meisten Verbraucher bringen die neuen Geräte keinen nennenswerten Vorteil; warum sollten sie freiwillig Geld dafür ausgeben?

Doch in der Arbeitsgruppe des Wirtschaftsministeriums ist die Industrie gut vertreten. Mehr als 20 Unternehmen dürfen hier ihre Kenntnisse einfließen lassen, von Brunata Wärmemesser bis zu E.on, Vattenfall und Vodafone. Eine führende Rolle spielt ein Berater der Consultingfirma Ernst & Young, der früher für den Energiekonzern RWE gearbeitet hat.

Verbraucherschützer lehnen den Plan ab. Es ergebe sich „kein ausreichender Nutzen für die Betroffenen“, heißt es in einer Stellungnahme der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen. Die Stromkunden würden in mehrfacher Hinsicht unverhältnismäßig belastet. Ein volkswirtschaftlicher Nutzen sei zweifelhaft. „Verbraucher sollten mit attraktiven Angeboten überzeugt statt mit immer mehr ordnungsrechtlichen Einbaupflichten gezwungen werden“, heißt es in dem Papier.

Tatsächlich drängt sich die Frage auf, warum die Bürger für einen Stromspion im Keller bezahlen sollen, der es anderen ermöglicht, den Strom abzuklemmen. Denn darum geht es unter anderem. Um einen Blackout zu verhindern, könnten Netzbetreiber via Smart Meter künftig zum Beispiel Wärmepumpen oder Nachtspeicherheizungen abschalten, die zu viel Strom verbrauchen. Für die Betroffenen würden die Nächte im Winter dann womöglich schon mal etwas kühler, keine schöne Aussicht. Die Industrievertreter reden deshalb auch lieber technisch von „Lastmanagement“.

Zudem wirft die Technik Datenschutzprobleme auf. Muss der Stromversorger wirklich im Detail wissen, wann welcher Haushalt die Wäsche wäscht? Experten der Fachhochschule Münster haben herausgefunden, dass ein Smart Meter sogar Hinweise liefert, welcher Film gerade auf dem Fernseher läuft.

Das ursprüngliche Ziel, mit Hilfe der Smart Meter spürbar weniger Energie zu verbrauchen, hat sich hingegen als wenig realistisch herausgestellt, leider. Die Industrie hat lange von „großen Einsparpotenzialen“ geschwärmt, um den Verbrauchern die neue Technik schmackhaft zu machen. Doch nun räumt ausgerechnet eine Studie für die Arbeitsgruppe im Wirtschaftsministerium mit diesem Mythos auf.

„Selbst bei sehr optimistischen Annahmen“, heißt es dort, „kann die Mehrheit der Endverbraucher die für sie einhergehenden Kosten nicht durch Stromeinsparungen kompensieren.“

ALEXANDER NEUBACHER

Ferngesteuerter Stromkunde Die Idee eines intelligenten Stromnetzes

